

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. März 1955

275/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P f e i f e r, Dipl.-Ing. Dr. S e c h e u c h und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Finanzierung der Eingliederung der Heimatvertriebenen und
Flüchtlinge.

- - - - -

Während der letzten Budgetverhandlungen haben wir im Finanz- und
Budgetausschuß und im Plenum des Nationalrates beantragt, die in Kapitel 26
Titel 2 §3 des Bundesfinanzgesetzes vorgesehene Post 52 "Darlehen für die
Unterbringung von Flüchtlingen außerhalb der Lager" von 1 Million Schilling
auf 10 Millionen Schilling zu erhöhen und das Kapitel 19 (Landwirtschaft)
um einen finanzgesetzlichen Ansatz "Förderung der Ansiedlung heimatver-
triebener Bauern" zu erweitern. Diese beiden beantragten Kredite haben wir
unter anderem mit dem Hinweis begründet, daß seitens des Hochkommissars für
das Flüchtlingswesen ein größerer Betrag, nämlich 40 Millionen Schilling,
für Österreich für die Lösung des Flüchtlingsproblems, das heißt für die
Eingliederung und Sehaftmachung der Flüchtlinge, unter der Voraussetzung in
Aussicht gestellt wurde, daß auch Österreich einen zumindest gleichen oder
etwas höheren Betrag für die gleichen Zwecke zur Verfügung stellt. Wir waren
daher der Meinung, daß es zweckmäßig sei, bestimmte hinreichende Ansätze
für diese Zwecke im Bundesvoranschlag zu eröffnen, damit wir das Geld von
der UNO bekommen. Dennoch haben die Regierungsparteien diese begründeten
Anträge abgelehnt.

Nunmehr hat der Ministerrat in seiner Sitzung vom 1. März 1955 laut
Bericht der "Wiener Zeitung" vom 2. III. 1955 die Genehmigung erteilt, daß
ein aus österreichischen Mitteln, jedoch ohne wesentliche Belastung des
Staatshaushaltes aufzubringender Betrag von rund 84 Millionen Schilling zur
wenigstens schrittweisen Lösung des Flüchtlingsproblems in Österreich, ins-
besondere zur Beseitigung der Baracken, verwendet werden kann. Hievon sollen
23.5 Millionen Schilling für die Sehaftmachung von Flüchtlingen in der
Landwirtschaft, 21.5 Millionen Schilling für die Gründung eines Flüchtlings-
kreditinstitutes, das kleinere Darlehen zur Schaffung von Existenzen gewähren
soll, und 39 Millionen Schilling für die Schaffung von Wohnungen für die
Barackenflüchtlinge verwendet werden.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 10. März 1955

So erfreulich diese Mitteilung ist und unseren ständigen Forderungen und eingebrachten Anträgen entspricht, ist doch die widerspruchsvolle Haltung der Regierung und der Regierungsparteien, die sich im November und Dezember 1954 in derselben Sache ablehnend verhielten, besonders bemerkenswert und es ergibt sich überdies die Frage, wieso jetzt auf einmal doch Budgetmittel für diese Zwecke verfügbar sind.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e n

1. In welcher Weise werden die 84 Millionen Schilling ohne wesentliche Belastung des Staatshaushalts aufgebracht?
2. War es bei gutem Willen nicht möglich, die erforderliche Bedeckung für die genannten Zwecke schon im Bundesvoranschlag für 1955 vorzusehen?
